

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Willy Brandt MdB, SPD-Vorsitzender, beklagt, daß Kohl in Moskau rare Chancen ausgelassen hat: Nicht wertlos aber auch nicht vollwertig.

Seite 1

Karsten D. Voigt MdB sieht im Madrider KSZE-Dokument die Notwendigkeit des Kompromisses bewiesen: Charta der Entspannungspolitik.

Seite 3

Helmut Rothemund MdL schildert, wie Strauß die Glaubwürdigkeit der Politik demontiert: "Eine Menge Munition..."

Seite 4

Alfred Ennerlich MdB kritisiert den "Kompromiß" beim Demonstrationsrecht: Unter den Trümmern liegt ein Teil des Rechtsstaats.

Seite 5

Werner Holtfort MdL beschreibt falsche Feststellungen des niedersächsischen Innenministers Mücklinghoff: Drei-Klassen-Recht für ausländische Flüchtlinge.

Seite 6

38. Jahrgang / 128

8. Juli 1983

Nicht wertlos aber auch nicht vollwertig

Kohl hat in Moskau rare Chancen ausgelassen

Von Willy Brandt MdB  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Gespräche, die Bundeskanzler Kohl in der Sowjetunion geführt hat, stellen sich als ungewöhnlich ergebnisarm dar. Doch ich will hieran nicht herumäkeln, wie es sich andere Leute gegenüber früheren Moskau-Reisen angewöhnt hatten. Kein Zweifel, daß der Bundeskanzler guten Willen mitbrachte. Kein Zweifel, daß er es mit schwierigen und harten Gesprächspartnern zu tun hatte. Leider muß man auch davon ausgehen, daß er keine andere Karte auszuspielen hatte, als um Gutwetter zu bitten.

Wertlos war Helmut Kohls Moskaubesuch gewiß nicht. Es war wichtig, daß er unser vitales Interesse an guten Beziehungen zum Ausdruck brachte und sich von dem gefährlichen Unsinn absetzte, den rechts-konservative Kräfte verbreitet haben. Für nutzlose Gesundbetelei halte ich es allerdings, wenn nun der Eindruck erweckt wird, die zu erwartenden neuen Umdrehungen der nuklearen Rüstungsspirale würden an den guten zwischenstaatlichen Beziehungen nichts ändern. Überaus peinlich werden die schwammigen bis schleimigen Beschwichtigungen, wenn sie den Menschen einreden sollen, die Geschäfte würden schon florieren, auch wenn wir uns noch näher an den Rand der Katastrophe gedrängt sehen.



Bundeskanzler Kohl hatte darauf verzichtet, eigene Vorschläge zur Raketenfrage zu unterbreiten. Er konnte insofern nicht damit rechnen, in gesamtpolitischen Zusammenhängen für ganz vollwertig genommen zu werden. An diesem Punkt zeigt sich, daß das Wahlkampf-Gerede maßgebender Unionsleute von einer "Zwischenlösung" in Genf erstens leichtfertig war und zweitens bereits einer vorschnellen Aufgabe des im deutschen Interesse liegenden Ziels gleichkam, einen neuen atomaren Wettlauf auf deutschem Boden zu verhindern. Daß Helmut Kohl es in Moskau unterlassen hat, wie der Eindruck ist, in diesem Sinne noch die Möglichkeit eines Raketenkompromisses auszuloten, sondern sich auf die Übermittlung der jetzigen amerikanischen Regierungsposition beschränkte, ist bedauerlich. Er hat damit wohl eine von den rar gewordenen Chancen, doch noch zu einer Verständigung gegen den atomaren Wahnsinn beizutragen, ausgelassen. Der nachträgliche Hinweis darauf, daß beide Seiten Flexibilität zeigen müßten, kann zu einer Fußnote werden. Wo Klartext geboten gewesen wäre.

Der Bundeskanzler hat bei seinen Gesprächen in Moskau erneut für ein baldiges Treffen zwischen den ersten Männern der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion geworben, daß allerdings nicht nur propagandistischen Charakter für diese oder jene Seite haben dürfte. Ich unterstütze diesen Gedanken, füge aber hinzu: Ein solches Treffen der politisch Hauptverantwortlichen ist notwendig - wenn die Unterhändler in Genf, wie es jetzt leider den Anschein hat, nicht weiterkommen sollten - bevor mit der Stationierung immer noch weiterer Raketen begonnen wird. Dann müssen die Verhandlungen politisiert und inhaltlich konkretisiert werden, und das geht letzten Endes nicht auf Expertenebene in Genf, sondern nur direkt zwischen Washington und Moskau. Nur wenn sich die Regierungen der beiden Weltmächte zu der Bereitschaft durchdringen, über ihren Schatten zu springen, kann doch noch eine neue, überaus gefährliche Runde des Wettrüstens verhindert werden.

Es war sicherlich von Nutzen, daß sich der Bundeskanzler in der sowjetischen Hauptstadt offensichtlich bemüht hat, die Beziehungen zwischen Bonn und Moskau auch für den schlimmen Fall der Nachrüstung und Nachnachrüstung in Gang zu halten. Wie wichtig das werden kann, auch und sehr direkt mit Blick auf die deutsch-deutschen Dinge, wird an der Bemerkung des sowjetischen Generalsekretärs deutlich, daß die beiden deutschen Staaten demnächst zusätzlich "durch dichte Palisaden von Raketen" gespalten werden könnten. Vor allem die, die so gern das Wort von der deutschen Einheit im Munde führen, müssen wissen, was eine solche Entwicklung für die Menschen in den beiden deutschen Staaten bedeuten kann.

(-/8.7.1983/ks/oa)

+ + +



Charta der Entspannungspolitik  
-----

Madrids KSZE-Dokument beweist Notwendigkeit des Kompromiß

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion sieht in der KSZE-Schlußakte die Charta der Entspannungspolitik. Die sich abzeichnende Einigung für ein Abschlußdokument der Madrids KSZE-Nachfolgekonzferenz beweist, wie politisch fruchtbar und tragfähig nach wie vor das entspannungspolitische Konzept sein kann, wenn auf allen Seiten ein ausreichender Wille zum Kompromiß vorhanden ist.

Die sich auf der Madrids KSZE-Nachfolgekonzferenz abzeichnende Einigung verdient ohne jede Einschränkung eine positive Bewertung und volle politische Unterstützung. Diese Einigung beweist, daß ein beharrlicher Wille zum Interessenausgleich und eine konstruktive Verhandlungspolitik zu befriedigenden Ergebnissen führen können. Mit diesem Ziel wird die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion in den entscheidenden kommenden Wochen und Monaten auch auf einen zufriedenstellenden Kompromiß bei den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen drängen.

Zur Zeit ist auf beiden Seiten noch keine genügende Kompromißbereitschaft erkennbar, um auch bei den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen zu einem befriedigenden Ergebnis zu gelangen.

Bundeskanzler Kohl hat es bei seinem Besuch in Moskau versäumt, für einen Kompromiß, der die Stationierung der Pershing II Ende dieses Jahres überflüssig macht, zu werben. Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird trotz der durch die Bundesregierung Kohl bereits versäumten Chancen ihrerseits alles in ihren Kräften stehende tun, um doch noch auch für die Genfer Verhandlungen ein befriedigendes Ergebnis zu ermöglichen.

(-/8.7.1983/ks/ca)

+ + +



"Eine Menge Munition..."  
-----

Wie Strauß die Glaubwürdigkeit der Politik demontiert

Von Dr. Helmut Rothemund MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der bayerischen SPD

Irritiert, ja fassungslos erlebt die Öffentlichkeit und erleben nach meiner Überzeugung auch sehr viele Unionswähler, wie die neue Bonner Regierung mit tatkräftiger Hilfe von Strauß und der CSU die Glaubwürdigkeit der Politik demontiert.

Die bayerische Bevölkerung hat leider besonderen Grund zur Enttäuschung, weil seit der sogenannten Wende eine am Beispiel der Kürzungen der Straßenbaumittel drastisch deutlich gewordene Benachteiligung Bayerns durch Bonn sichtbar wird. Was sollen die bayerischen Bürger von Strauß und den CSU-Politikern halten, die jahrelang über eine angebliche, in Wirklichkeit nicht vorhandene Benachteiligung Bayerns lamentierten und jetzt dafür sorgen, daß der von ihnen beklagte Mißstand tatsächlich eintritt?

In welchem Ausmaß das frühere Gerede von Strauß unglaubwürdig war, zeigt sich bei der von Strauß mitinitiierten Gewährung des Milliardenkredits an die DDR. Um es deutlich zu sagen: Die SPD hält im Interesse des Ausgleichs und der Entspannung eine finanzielle Kooperation mit der DDR für richtig. Ein Skandal jedoch ist es nach unserer Auffassung, wie die CSU vor ihrer jetzigen Wende in dieser Hinsicht agitierte.

Ich darf aus einem Artikel in dem von Strauß herausgegebenen CSU-Organ "Bayernkurier" vom 21. August 1976, Seite 1, zitieren. Da stehen unter den drei Überschriften "Die Bundesrepublik zahlt und zahlt" - "Die 'DDR' kassiert und kassiert" - "Dafür kann Ost-Berlin eine Menge Munition kaufen..." folgende Sätze:

"Die marxistischen Funktionäre sind freilich nur auf einem Gebiet unübertreffbar: Auf dem des Schuldenmachens. Sie leben davon, daß der angeblich bankrotte Westen zahlt und zahlt und damit das Versagen des in Wahrheit zahlungsunfähigen marxistischen Systems ausbügelt. Mit anderen Worten - nämlich denen Lenins -, daß die Kapitalisten die Stricke liefern, an denen sie eines Tages aufgeknüpft werden sollen; oder - um diesen Satz auf den aktuellen Stand zu bringen: Daß die Kapitalisten die Munition liefern, mit denen Grenzgänger und Fernfahrer erschossen werden."

Nach der Aufzählung der verschiedenen, an die DDR gewährten Kredite heißt es am Schluß des Artikels: "Alles in allem: Viel Geld, das die 'DDR' kassierte. Dafür kann man eine Menge Munition kaufen..."

Überträgt man diese grotesken Gedanken des CSU-Organs auf die heutige Lage, würde man zu der These kommen, Bonn und die CSU finanzierten die Aufrüstung der DDR, Kohl und Strauß lieferten die Stricke, an denen sie eines Tages aufgeknüpft werden, und sie bezahlten die Munition, mit der an der Mauer Menschen erschossen werden.

Mit derartigen Argumenten hat die CSU jahrelang die sozialliberale Entspannungspolitik verunglimpft und die Bürger aufzuhetzen versucht. Muß heute angesichts des neuen Milliardenkredits nicht jedermann zu der Erkenntnis kommen, daß Strauß und die Union nicht nur auf diesem Gebiet, sondern auch bei ihren zahlreichen anderen Verleumdungskampagnen gegenüber der sozialliberalen Koalition bloße Polemik wider besseres Wissen betrieben haben? Wer soll dem Politiker Strauß noch glauben?

Strauß selbst scheint durch die Unvereinbarkeit seiner früheren und heutigen Haltung derart in Verlegenheit, daß er sich in Schweigen flüchtet. Die bayerischen Bürger und Wähler haben jedoch einen Anspruch auf klare Äußerungen des Ministerpräsidenten. Ich fordere Strauß auf, der Öffentlichkeit umgehend darzulegen, welche Politik er heute und künftig zu betreiben gedenkt.  
(-/8.7.1983/ks/ca)

+ + +



Der "Kompromiß" beim Demonstrationsrecht  
-----

Unter den Trümmern liegt ein Teil des Rechtsstaats

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

"Posaunenklänge" aus dem Hause Zimmermann hatte der Pressesprecher des Justizministeriums vor wenigen Tagen noch beklagt - heute weiß man: Diese Posaunenstöße haben wie beim Fall Jerichos die Bastionen angeblich liberaler Rechtspolitik der FDP zum Einsturz gebracht. Unter den Trümmern liegt ein Teil des Rechtsstaates.

Daß der angebliche Kompromiß zwischen den Ministern Engelhard und Zimmermann mit dem mehr als dubiosen Begriff der Teilmenge einer Demonstration vor allem die Polizei vor unlösbare Aufgaben stellt, war spätestens klar, nachdem die Polizeigewerkschaft diese Ideen abgelehnt hatte. Daß sie dennoch Gesetz werden sollen, ist schlimm genug. Noch schlimmer ist aber der Eingriff in das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit: Künftig wird jeder, der von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch macht, über sich das Damoklesschwert "Mitgefangen - Mitgehangen" spüren.

Sieht der liberale Justizminister eigentlich gar nicht, daß er mit der Formel "Nicht bestraft wird, wer erweislich mäßigend auf Gewalttäter einwirkt" fundamentale Grundsätze des Strafprozesses antastet? Die Formel von der Erweislichkeit sagt doch nichts anderes, als daß künftig ein angeklagter Demonstrant, der nach dem Zufallsprinzip gegriffen worden ist, nachweisen muß, daß er nicht schuldig sei. Hier wird der Satz auf den Kopf gestellt, wonach der Staatsanwalt dem Angeklagten seine Schuld nachzuweisen hat. Wenn zur Begründung dieser rechtsstaatlichen Garantien darauf hingewiesen wird, so etwas gebe es ja schon bei der üblen Nachrede, dann wird in fataler Weise die Erinnerung an den Satz wach: Es gibt nichts, wofür Juristen keine, wenn auch noch so makabre, Begründung finden.

Dieselben Liberalen, die vor 13 Jahren gemeinsam mit uns Sozialdemokraten das jetzt geltende und bewährte Demonstrationsstrafrecht geschaffen haben, weil sie erkannt hatten, daß das frühere Recht vielleicht einem Obrigkeitsstaat, nicht aber einer freiheitlichen Demokratie angemessen war, führen uns jetzt beim Demonstrationsrecht zurück in die obrigkeitsstaatliche Vergangenheit. Übrigens auch ein Bruch von Wahlversprechungen: Im Wahlprogramm vom 29. Januar 1983 hatte die FDP noch zugesagt, sie werde eine Änderung des Demonstrationsrechts ablehnen.

Fazit: Die FDP hat in der Umklammerung von CDU und CSU aufgehört, eine liberale Partei zu sein.

(-/8.7.1983/ks/oa)

+ + +



Drei-Klassen-Recht für ausländische Flüchtlinge

**Niedersachsens Innenminister trifft falsche "Feststellungen"**

Von Dr. Werner Holtfort MdL

Bundesvorsitzender des Republikanischen Anwaltsvereins  
Stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses im niedersächsischen Landtag

Die Antwort des niedersächsischen Innenministers Möcklinghoff auf eine parlamentarische Anfrage zur Auslieferungspraxis von Asylbewerbern ist die Bestätigung dafür, daß die Behörden des Landes aus politischen Motiven ausländische Flüchtlinge in drei Klassen einteilen:

1. Die aus kommunistischen Diktaturen werden ohne weiteres willkommen geheißen, zum Teil auch - wie aus Vietnam - ins Land geholt. Gleichgültig, ob sie vor politischer Verfolgung oder aus wirtschaftlichen Gründen ihr Heimatland verließen.
2. Die der zweiten Klasse kommen aus Terrorregimen der Dritten Welt. Sie werden einer strengen asylrechtlichen Aufnahmeprüfung unterzogen und zurückgesandt, wenn die bundesdeutschen Behörden Zweifel haben, ob zu Hause Folter oder Tod auf sie warten. So zum Beispiel die Tamilen nach Sri Lanka, wo sie als Minderheit terrorisiert werden.
3. Prinzipiell versagt wird das Asyl Flüchtlingen aus der NATO-Verbündeten türkischen Militärdiktatur. Hier gilt das "Palm-Ström"-Prinzip, "daß nicht sein kann, was nicht sein darf". Das will sagen, daß ein NATO-Partner zur "freien Welt" gehört, also Menschenrechte gar nicht verletzen kann. Hier folgt man blindlings den Beteuerungen des Auswärtigen Amtes, es gäbe "keine Anhaltspunkte dafür, daß türkische Behörden gegen rückkehrende Asylbewerber Strafverfahren einleiten" (Möcklinghoff). Es ist aber durch vielerlei Beobachtungen an Ort und Stelle, zum Beispiel türkischer Anwaltsorganisationen, einer internationalen Juristen-Kommission, von Bundestagsabgeordneten, von amnesty international, von "terre des hommes" und von Abgeordneten des Republikanischen Anwaltsvereines nachgewiesen, daß diese Angaben des Auswärtigen Amtes falsch sind. Das Verwaltungsgericht Berlin bezeichnete sie als "gefährliche, auf diplomatischen Rücksichten beruhende Verharmlosung, die Erklärungen der türkischen Militärregierung über die Zustände in der Türkei kritiklos wiedergibt". Das Verwaltungsgericht Hamburg stellte fest: "Die Objektivität der Auskünfte des Auswärtigen Amtes ist zweifelhaft", das Verwaltungsgericht Wiesbaden: "Un glaublich und nicht verwertbar", das Verwaltungsgericht Stade: "Es ist sogar feststellbar, daß das Auswärtige Amt nicht nur die Geschehnisse in der Türkei fast ausnahmslos ebenso würdigt wie die dortige Militärregierung, sondern sich bisweilen auch das dort vertretene ideologische Gedankengut zueigen macht." Auch das Bundesverfassungsgericht hat im März in Kenntnis dieser Auskünfte der Genscher-Behörde darauf hingewiesen, die zuständigen Gerichte müßten selbst prüfen (und dieses nicht der Bundesregierung überlassen), ob ein Ausgelieferter in der Türkei mit Folterungen und einer Strafverfolgung wegen politischer Delikte zu rechnen habe. Man dürfe den rechtlichen Garantien der Militärregierung nicht ohne detaillierte Prüfung des Einzelfalles vertrauen. Das Gericht "darf die Beurteilung hier für wesentliche Umstände nicht der Regierung überlassen".



Zu Unrecht beruft sich Innenminister Mücklinghoff auf zwei Revisionsurteile des Bundesverwaltungsgerichts vom 17. Mai. Das Bundesverwaltungsgericht hat nämlich darin zwei asylversagende Entscheidungen nebst ihrer Begründung aufgehoben und die Gerichte angewiesen, die Einzelfälle auf die politische Verfolgung hin zu prüfen und hinzugefügt daß von Folter Bedrohte übrigens auch ohne Asyl nicht rechtlos seien, vielmehr Auslieferungs- und Abschiebungsschutz genießen. Keinesfalls dürften - dies im Gegensatz zum Auswärtigen Amt - "die Wertmaßstäbe zugrunde gelegt werden, die sich aus der Staatsräson des Verfolgerstaates ergeben".

Aus Presse- und Fernsehberichten ist allgemein bekannt, daß die türkische Militärjunta ein Terrorregime ist mit Massenfolterungen von Gewerkschaftern, Literaten, überhaupt allen politischen Opponenten, Kurden, Armeniern und Yeziden, ausweislich der Fernsehdokumentation einschließlich elf- bis 16jähriger Kinder. Auch haben achtzehn evangelische Theologen aufgrund eingehender Information in einem offenen Brief an den Bundesinnenminister ganz richtig darauf hingewiesen, daß die bloße Tatsache eines Asylantrages in der Bundesrepublik die in ihr Heimatland zurückkehrenden mit Folter und schweren Gefängnisstrafen bedroht. Abschließend weise ich erneut auf die einstimmig verabschiedete Entschließung des Europäischen Parlaments von März hin.

Innenminister Mücklinghoff hat sich in seiner Antwort auf die "Feststellungen des Auswärtigen Amtes auch aus jüngster Zeit" berufen, es gäbe "keine Anhaltspunkte dafür, daß türkische Behörden gegen rückkehrende Asylbewerber Strafverfahren einleiten". Auch diese "Feststellungen" sind falsch. Beispielhaft sei auf das Schicksal des türkischen Gewerkschafters Sevem Akbas hingewiesen. Er wurde am 4. Mai 1982 aus Aarau in sein Heimatland abgeschoben. Kurz darauf erhielten seine Angehörigen seine Leiche, an der laut ärztlichem Attest Folterspuren noch deutlich sichtbar waren.

Ich stelle fest: Während zum Beispiel Frankreich türkischen Flüchtlingen aus den genannten Gründen Asyl bewährt, ohne dadurch in irgendwelche diplomatische Schwierigkeiten mit der Türkei zu geraten, ist unter der Leitung Hans Dietrich Genschers das Auswärtige Amt wesentlich bestrebt, aufgrund eigener Ideologien ausländische Diktaturen entweder weiß zu waschen oder schwarz zu malen. Soweit die Landesregierung dem folgen, ist das humane Asylrecht des Grundgesetzes tot. An seine Stelle ist eine "Asyl"-Praxis getreten, die aus ideologischen und militärpolitischen Rücksichten bereit ist, die Menschenrechte von Mitmenschen zu opfern, die einem oft grauenhaften Schicksal ausgeliefert werden.

Die Unterscheidung zwischen ausländischen Flüchtlingen, denen aus politischen Gründen hier "ein asylunabhängiges Bleiberecht eingeräumt wird", und solchen, die nach der Abschiebung in ihr Heimatland dort Folter "strafrechtlicher und nicht politischer Natur" erwartet (weil politische Opposition und ein "den nationalen Interessen zuwiderlaufendes" Asylgesuch in der Türkei ein Straftatbestand sei) bricht unsere Verfassung, die zu wahren und zu verteidigen alle Minister vor dem Parlament beschworen haben.

Ich fordere deshalb erneut, türkische Staatsangehörige nur dann in die Türkei abzuschicken, wenn sie aus schwerwiegenden Gründen hier eine Gefahr für die Sicherheit darstellen oder deshalb eine Gefahr für die Allgemeinheit sind, weil sie von einem bundesdeutschen Gericht wegen eines besonders schweren Verbrechens rechtskräftig verurteilt worden sind.  
(-/8.7.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

